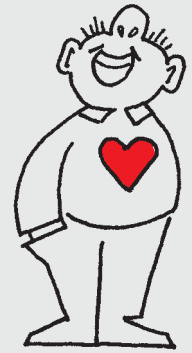


MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

10/2014

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung



Liebe Wählerinnen und Wähler,

vielen Dank an alle, die uns wiederholt ihr Vertrauen geben haben.

Sorgsam werden wir auch in der jetzt kommenden Wahlperiode damit umgehen.

Wir wollen unser Wahlergebnis nicht schönreden, es ist ernüchternd und enttäuschend für uns und unsere Wähler.

Natürlich fragen wir uns, was haben wir falsch gemacht und wo liegen die Ursachen.

Es gibt auch nie die Ursache, sondern diese sind vielfältig.

Die Anzahl der Mitglieder unserer Partei in Brandenburg ist zurückgegangen und das Durchschnittsalter ist gestiegen und lässt die Mobilisierungsfähigkeit der Partei sinken. Das gilt auch für unseren Landkreis.

In der Wahlanalyse kann man erkennen, dass ca. 42 Prozent unserer Wähler im Alter von 60 Jahren und älter sind.

Die niedrige Wahlbeteiligung trägt ebenfalls zu diesem Ergebnis bei.

Inhaltlich haben wir in der Koalitionsregierung eine ganze Menge erreicht, oft wird das aber nicht dem gemeinsamen Handeln der Koalition zugesprochen.

In der öffentlichen Darstellung finden viele politische Inhalte der LINKEN nicht den gebührenden Raum.

Fragen müssen wir uns aber auch, welche Fehler wir selbst gemacht haben. Erreichten unsere Themen die Menschen? Gab es noch andere, nicht offensichtliche Gründe?

Viele Fragen müssen noch beantwortet werden. In der Partei wird intensiv darüber diskutiert, gerade im Zusammenhang mit den laufenden Koalitionsverhandlungen.

Der Koalitionsvertrag wird den Mitgliedern zur Entscheidung vorgelegt. Vor uns liegt also eine spannende Zeit.

Danke!

Anke Schwarzenberg

Schmutziges Problem



Forst hat keine gültige Abwasserbeseitigungssatzung. Seit 2011 wurden die Beiträge für Neuanschlüsse nicht mehr erhoben. Mehr als 300.000 Euro

konnte der Abwasserbetrieb dadurch noch nicht einnehmen.

Die Stadt muss bis Ende 2015 entscheiden, ob es eine Beitragssatzung geben soll, mit der dann auch Altanschießerbeiträge fällig werden. Alternativ besteht aber auch die Möglichkeit, nur noch Gebühren zu erheben. Anschlussbeiträge, die nach 1990 erhoben wurden, müssten dann an die Grundstücksbesitzer zurückgezahlt werden. Es gilt der Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes. Das klingt einfach, ist es aber nicht.

Zwischen diesen beiden Extremen gibt es eine Reihe von Vorschlägen, Altanschießerbeiträge in reduzierter Höhe zu erheben. Ob solche Varianten rechtssicher sind, werden später wieder Verwaltungsgerichte entscheiden müssen. Eine reine Gebührensatzung dagegen wäre rechtssicher, würde aber in den kommenden Jahren zu Gebührenerhöhungen je m³ Abwasser führen. Als LINKE halten wir diese Variante durchaus für tragfähig. Kompromisse sind aus unserer Sicht nur möglich, wenn sie von allen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung getragen werden.

Der Bürgermeister will jetzt einen Satzungsentwurf vorlegen, der weiterhin Beiträge enthält und er möchte das Problem schnell vom Tisch haben. Anfang 2015 sind Bürgermeisterwahlen.

*Ingo Paeschke
Fraktionsvorsitzender*

Erste Ergebnisse bei den Koalitionsverhandlungen

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Genossinnen und Genossen, die Koalitionsverhandlungen sind in vollem Gange, und nicht nur in der Bildungspolitik gibt es bereits Ergebnisse.

Brandenburg startet eine Offensive für gute Bildung und längeres gemeinsames Lernen. Das ist eines der bisherigen Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen. Der Betreuungsschlüssel bei den bis dreijährigen Kindern wird in den nächsten Jahren auf 1:5 gesenkt und bei den drei- bis sechsjährigen auf 1:11. Brandenburgs Schulen bekommen mehr Sozialarbeiter; dazu wird das 510-Stellen-

Programm um 100 Stellen auf dann 610 aufgestockt. 4 300 neue Lehrer wird es für Brandenburg in den nächsten Jahren geben und längeres gemeinsames Lernen wird möglich: Schulen können sich zusammenschließen – nicht durch Verordnung von oben, sondern durch Impulse aus der Region. Bereits am ersten Verhandlungstag hatten sich LINKE und SPD auf zwei andere wichtige Punkte geeinigt: Die Erhöhung des Mindestlohns bei öffentlichen Aufträgen und das Festhalten an den Klimazielen.

*Landesverband
DIE LINKE. Brandenburg*

Ein Drittel der Mandate und mehr als 40 Prozent der Wählerstimmen sind bei den Landtagswahlen im September für uns verloren gegangen. Hatten wir 2009 noch das beste Wahlergebnis seit 1990, liegen wir nun wieder bei den Werten von 1994.

Warum das so ist, bedarf einer längeren Analyse, die wesentlichen Fakten sind aber zu benennen. 2009 wurde zusammen mit der Bundestagswahl gewählt und die Beteiligung lag bei 67 Prozent. Auch damit hatte das Land Brandenburg im Vergleich mit anderen Bundesländern keine Bäume ausgerissen. Die Beteiligung von 48 Prozent in diesem Jahr stellt allerdings einen absoluten Tiefpunkt dar. Das Hauptargument der meisten Nichtwähler »wir können ja sowieso NICHTS ändern«, stellt die Demokratie infrage. Wer einen Regierungswechsel möchte, der hätte ihn wählen müssen. Wer wollte, dass die Regierung bleibt, hätte sie stärken können.

Dies setzt allerdings voraus, dass Wählerinnen und Wähler sich über die inhaltlichen Angebote von Parteien und Vereinigungen informieren. Am Materialangebot hat es nicht gelegen, aber

Spruch des Monats

»Wahre Worte sind nicht angenehm, angenehme Worte sind nicht wahr.«

Laotse

Abgewählt zum Weiterregieren?

wenn Inhalte immer mehr in den Hintergrund treten, gewinnen die persönlichen Dinge die Oberhand. Im Wahlkreis 41 (Forst/Guben) hat sich das sehr deutlich gezeigt. Der Ministerpräsident holte fast 50 Prozent der Stimmen, weil er eben der Ministerpräsident von hier ist. Dagegen war kein Argument gewachsen. Im Wahlgebiet Schenkendöbern reichte es immer noch zu einem klaren Sieg der SPD mit rund 35 Prozent, obwohl dort angeblich die Braunkohlengegner wohnen. Nun ist die SPD der klarste Befürworter einer Fortsetzung der Kohletagebaue. DIE LINKE dagegen, die gerade mit diesem Thema einen schwierigen Umgang pflegt, wurde heftig abgestraft. Das passt eigentlich nicht zusammen.

Was in Forst und Spree-Neiße gilt, zeigte sich auch im ganzen Land. DIE LINKE als kleinerer Regierungspartner verlor 8,6 Prozent, die SPD dagegen hielt ihr Wahlergebnis von 2009. Politisch lässt sich ein solches Ergebnis nur schwer erklären. Nun sind wir nicht die Einzigen, denen so etwas passiert. In Thüringen bekam die SPD als kleinerer Koalitionspartner in einer Regierung mit der CDU gerade noch 12,5 Prozent der Stimmen und bei den Bundestagswahlen im vergangenen Jahr wurde die SPD auch nicht für vier Jahre in der Großen Koalition belohnt. Gestärkt werden bei solchen Wahlen dann plötzlich Parteien,

die zwar neu am politischen Markt sind, inhaltlich aber Thesen vertreten, die kaum ein Wähler in praktische Politik umgesetzt sehen möchte. Wer aber von den 12 Prozent AfD-Wählern hat je das Wahlprogramm dieser Partei gelesen?

DIE LINKE soll nun auf Wunsch der SPD fünf Jahre weiter mitregieren. Unsere Minister haben ja auch ordentliche Arbeit in der letzten Legislaturperiode abgeliefert. Sie haben es aber nicht geschafft, dies auch den Wählern deutlich zu machen. Der LINKEN werden heute noch immer kaum Kompetenzen bei Wirtschaft und Finanzen zugebilligt, obwohl wir genau diese Bereiche in der Landesregierung zu verantworten hatten.

Wenn der Trend in den kommenden fünf Jahren anhält, bleibt bei den nächsten Landtagswahlen nicht mehr viel von uns übrig. Um dies zu ändern, braucht es nicht nur Politiker, die ordentliche Arbeit machen, sondern auch Köpfe, an die sich die Wähler in der Wahlkabine auch erinnern. Links muss wieder klarer erkennbar sein, nicht nur als Anhängsel der SPD.

Sollte der Koalitionsvertrag zustande kommen, würde das auch für uns in Forst einen greifbaren Fortschritt bedeuten. Anke Schwarzenberg wird in den Landtag aufrücken, weil ein Parteibeschluss besagt, dass Minister der LINKEN ihre Landtagsmandate zurückgeben müssen. *Ingo Paeschke*

»Wichtig wäre eine gesamtdeutsche Vision«

Von Roland Claus, Ostkoordinator der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Einmal im Jahr gestattet sich die Bundesregierung, die Ost-Brille aufzusetzen und einen Blick auf die Deutsche Einheit zu werfen. Auch in diesem Jahr wieder muss sie zugeben, dass gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Ost und West noch lange Zukunftsmusik bleiben werden.

Die Schere bei der Wirtschaftskraft öffnet sich wieder, denn das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt lag 2013 nur bei 66, 6 Prozent des Westwerts. Im Vorjahr waren es noch 71 Prozent. Die Arbeitslosenzahlen sind trotz sinkender Bevölkerung genauso hoch wie im Vorjahr, es fehlen nach wie vor Konzernzentralen im Osten. Die Einkommen liegen unverändert seit zwanzig Jahren bei 80 Prozent derjenigen in Westdeutschland. Bei fast allen Strukturdaten wie etwa Arbeitslosenquote, Wirtschaftskraft oder Überalterung zeichnen sich auf der Deutschlandkarte die Umrisse der DDR ab.

Auf dem Weg zur Deutschen Einheit, so stellt auch der Bericht fest, herrscht noch immer Handlungsbedarf. Gerade deswegen finde ich es erstaunlich, mit

welcher Gleichgültigkeit die Bundesregierung sofort eine unterschiedliche Mütterrente für Ost und West beschloss und die Ost-Rentenangleichung auf die nächste Legislaturperiode verschoben hat. Von vielen Bundesprogrammen profitiert der Osten nur unterproportional.

Natürlich enthält der Bericht auch die übliche Liste der Fördermaßnahmen, aber diese haben nur geringe Wirkung. Wenn es konkret wird, fällt der Osten meistens hinten runter. Es bleibt abzuwarten, wie die Bundesregierung die ostdeutschen Länder bei den Verhandlungen zu Länderfinanzausgleich und Solidarpakt III stärkt.

Aber es gibt auch eine bemerkenswerte Neuerung am diesjährigen Jahresbericht: Er schlägt nämlich einen neuen wertschätzenden Ton an. Erstmals wird die Leistung der Ostdeutschen gewürdigt, die vielfältigen Umwälzungen im gesellschaftlichen und persönlichen Leben zu meistern. Ich freue mich, dass der Bericht die seit Jahren von mir in diesem Zusammenhang verwendeten Begriffe Erfahrungsvorsprung und

Transformationerfahrungen nun auch erstmals aufgreift. Ebenso wohltuend ist es, dass die bislang übliche Polemik gegenüber der DDR kaum noch enthalten ist.

Aber Ost-West-Vereinigungspolitik muss mehr sein als das Vermeiden ungerechter Regelungen, die Beseitigung von Benachteiligungen oder wertschätzende Worte.

Wichtig ist auch eine gesamtdeutsche Vision, ein sozial-ökologischer Umbau, der den Blick in die Zukunft wirft und eine wirkliche deutsche Einheit ermöglicht.

linksfraktion.de, 24. September 2014

Unsere nächste
Mitgliederversammlung
findet
am Mittwoch, dem 19.11.2014,
um 18.30 Uhr,
im Bürgerzentrum statt.

Mattendorf in den nächsten fünf Jahren ohne Ortsbeirat



Auch im zweiten Anlauf ist es nicht gelungen in Mattendorf einen Ortsbeirat zu wählen.

Im Mai zur Kommunalwahl sollte ein Ortsbeirat gewählt werden. Dazu kam es nicht, da

sich keine ausreichende Anzahl von Kandidaten zur Wahl stellten.

Laut dem Brandenburgischen Kommunalwahlgesetz musste die Wahl inner-

halb von fünf Monaten neu angesetzt werden. Es wurde festgelegt, dass die Wahl zum Ortsbeirat in Mattendorf mit den Landtagswahlen am 14. September 2014 stattfinden soll. Auch diesmal fand sich keine ausreichende Anzahl an Kandidaten. Mit der amtlichen Bekanntmachung vom 25.07.2014 wurde die Wahl erneut abgesagt. Die Aufgaben des Ortsbeirates übernimmt der Gemeinderat für den Rest der Legislaturperiode.

Woran hat es gelegen? Ist es Politikverdrossenheit oder Interessenlosigkeit, was im Dorf geschieht oder ist es die

Angst vor Verantwortung? Jetzt entscheiden andere, die nicht im Ort wohnen, über die Interessen von Mattendorf. Das finde ich bedauerlich! Wir haben einiges erreicht, und das war nur möglich, weil sich Bürger gefunden hatten und die Interessen des Ortes wahrgenommen haben. Meckern allein hilft nicht, lasst uns selbst entscheiden, wie unser Ort lebenswerter gestaltet werden kann. Wir wissen das besser als jeder andere.

*Uwe Neuer
Mitglied des Gemeinderates
Wiesengrund*

Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik dringend geboten

»Die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung ist eine Geisterfahrt und muss gestoppt werden«, erklärt **Sabine Zimmermann**, stellvertretende Vorsitzende und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf den aktuellen Arbeitsmarktbericht der Bundesagentur für Arbeit. »Der Arbeitsmarkt stagniert. Saisonbereinigt ist die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vormonat sogar angestiegen. Grundsätzlich gelingt es Arbeitslosen nur selten, in Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt zu kommen. Der Arbeitsmarkt ist für viele erwerbslose Menschen fest verschlossen und das, obwohl es in den letzten Jahren eine Beschäftigungszunahme gegeben hat. Dies betrifft besonders Ältere, Menschen mit Behinderungen und Ausländer. Bei diesen Gruppen ist die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Die Langzeitarbeitslosigkeit steigt wieder und verfestigt sich, wie der aktuelle Bericht leider bestätigt.« Zimmermann weiter:

»Die Bundesregierung hat sich offensichtlich mit der Situation abgefunden: Es gibt keine nennenswerten Initiativen, die Menschen mit den größten Problemen am Arbeitsmarkt nachhaltig zu unterstützen. Es herrscht Ideen- und Planlosigkeit. Die Kürzungen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre werden in den Haushaltsberatungen auch von der Großen Koalition fortgesetzt.

DIE LINKE fordert einen grundlegenden Kurswechsel. Vor allem die Menschen mit den schlechtesten Jobchancen: Langzeiterwerbslose, Ältere und Menschen mit Behinderungen dürfen nicht abgeschrieben, sondern müssen verstärkt gefördert werden, insbesondere auch durch Weiterbildungsangebote. Hier bedarf es zudem der Einführung eines Rechtsanspruches. Außerdem müssen zusätzliche Perspektiven für die vielen langzeitarbeitslosen Menschen geschaffen werden. DIE LINKE fordert seit Jahren den Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS), bestehend aus existenzsichernden, sozial-

versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen. Durch diesen ÖBS würden zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, die einerseits Erwerbslosen berufliche Perspektiven eröffnen, andererseits werden damit wichtige gesellschaftliche Aufgaben erledigt. Für Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen auf absehbare Zeit keine Chance auf dem regulären Arbeitsmarkt haben, sollte ein öffentlicher Beschäftigungssektor von 200.000 Stellen geschaffen werden.« 30.09.2014

Soziale Rechtsberatung am Montag, dem 20.10.2014, ab 12 Uhr

in der Geschäftsstelle der LINKEN,
Berliner Straße 22, Forst.

Terminvereinbarung
telefonisch (78 52) oder persönlich
jeweils Mo. 10 – 14 Uhr,
Di. u. Do. 9 – 12 und 14 – 17 Uhr



WIR TRAUERN!

Mit tiefer Betroffenheit haben wir vom plötzlichen Ableben unseres Mitgliedes der AG Soziales

Marlies Mudra

erfahren.

Ihre liebevolle Art und Hilfsbereitschaft wird uns immer in Erinnerung bleiben.

Unser tiefes Mitgefühl gilt den Angehörigen und besonders ihren Söhnen.

Marlies, du warst für uns die gute Seele der Arbeitsgruppe Soziales.

Uwe Neuer
Sprecher AG Soziales

Karsten Fedrich
Ortsvorsitzender DIE LINKE Forst

Newsletter

Verfassungsschutz ignorierte NSU-Gefahr sträflich

Nach aktuellen Medienberichten wusste das Bundesamt für Verfassungsschutz entgegen eigener Verlautbarungen bereits 2005 von einer CD namens »NSU/NSDAP«. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE:

»Bis zum Auffliegen der NSU-Nazi-Bande im November 2011 gab sich das Bundesamt für Verfassungsschutz unwissend. Diese Schutzbehauptung bröckelt immer mehr.

Noch vor Wochenfrist hatte der Chef des BfV, Dr. Maaßen, im Innenausschuss des Bundestages alle konkreten Fragen nach V-Mann 'Corelli' und der CD 'NSU/NSDAP' abgeklärt.

Nun stellt sich die Frage: Log er oder ist er Dr. Ahnungslos? In beiden Fällen wäre er als Chef eines Bundesamtes fehlbesetzt und mithin ein Fall für den Bundesinnenminister.«

01.10.2014

Merkel zerstört Glauben an soziales Europa

»Die Bundesregierung fordert von Frankreich Sozialabbau und betreibt so in unverantwortlicher Art und Weise Wahlkampf für Marine Le Pen«, kommentiert Sahra Wagenknecht die Kritik von Mitgliedern der Regierungsparteien an Frankreich anlässlich des Besuchs von Premierminister Valls. Die Erste Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:

»Merkel zerstört den Glauben an ein solidarisches und soziales Europa, indem sie Bankenrettungen zu Lasten der Steuerzahler und den Abriss des Sozialstaats zum Dogma erhebt. Werden heute auf Druck der Bundesregierung in Frankreich Löhne, Renten und Sozialleistungen gekürzt, dann bedeutet das morgen eine neue Agenda 2020 in Deutschland.

DIE LINKE fordert eine Rücknahme der Kürzungsdiktate in Europa sowie in einem festgelegten Rahmen direkte Kredite der EZB an Euro-Staaten, um Investitionen und nicht neue Blasen auf den Finanzmärkten zu finanzieren. Durch Millionärssteuern ist eine gerechtere Verteilung und damit höhere Massenkauflkraft und Binnennachfrage anzustreben.«

22.09.2014

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

- Di., 14.10.: 18:30 Uhr **Fraktionssitzung SVV**
- Mi., 15.10.: 18:30 Uhr **AG Soziales**
- Di., 21.10.: 18:30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
- Mo., 10.11.: 18:30 Uhr **AG Malxeblatt**
- Di., 18.11.: 18:30 Uhr **Fraktionssitzung SVV**

Geburtstag

22.10.: 71 Jahre Johanna Spaarschuh
13.11.: 92 Jahre Werner Pötzsch

*Herslichen Glückwunsch,
unserer Jubilarin, auch all jenen,
die hier nicht genannt sind!*

Abgehört

Vertrauen missbraucht
Freundschaft

Janina Niemann-Rich, Lyrikerin

Überraschung

Infolge der Ukraine-Krise hat die Bundesregierung einen Rüstungsdeal gestoppt. Ein Regierungssprecher verteidigte das Geschäft: »Wer hätte damals ahnen können, dass Russland die Waffen tatsächlich benutzt?«

Manfred Beuter

Krieg und Frieden

Bundespräsident Gauck wird viel gescholten, weil er sich so vehement für das militärische Eingreifen Deutschlands in aller Welt einsetzt. Er wird es dabei dennoch nicht bewenden lassen, denn ein paar gelungene und wirkungsvolle Militäraktionen wird er noch brauchen, ehe er den Friedensnobelpreis bekommt. **Ove Lieh**

Wir finden das wahnsinnig toll von dem Philipp Lahm: Zurückzutreten auf dem Höhepunkt der Karriere...!!



Aus »Eulenspiegel« Nr. 9/14

Der Umwelt zuliebe

Während die Linken geschlossen gegen Waffenlieferungen in Krisenregionen sind, haben einige Grüne ihre Zustimmung erteilt. Direkt in Kriegsgebiete zu liefern ist CO₂-günstiger als über den Umweg sicherer Drittstaaten.

GP

Kein netter Beutezug

Stolz präsentierten IS-Kämpfer deutsche Waffen, die sie in Syrien erobert haben. Die Bundesregierung reagierte empört: »Die sollen ihre Waffen – wie alle anderen auch – gefälligst bei uns kaufen.«

MK

Komischer Vogel

Britische Forscher haben in Experimenten festgestellt, dass die Elster gar nicht diebisch ist. Das mag in England so sein. In Deutschland heißt das elektronische Programm für die Steuererklärung »Elster«.

FBK

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Karsten Fedrich

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:
malxeblatt@gmx.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.